

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Beschluss..... 5293

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften und der Verordnung über Aufgaben der Großen Kreisstädte (Drs. 16/5479)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des
Wirtschaftsausschusses (Drs. 16/6681)

Beschluss..... 5293

Schlussabstimmung..... 5293

Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Vierzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Vierzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) (Drs. 16/5283)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Hochschulausschusses
(Drs. 16/6693)

Eberhard Sinner (CSU)..... 5294

Dr. Christoph Rabenstein (SPD)..... 5295

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW)..... 5295

Ulrike Gote (GRÜNE)..... 5295

Julika Sandt (FDP)..... 5296

Staatsminister Siegfried Schneider..... 5297

Beschluss..... 5297

Gesetzentwurf der Staatsregierung
über Gewährleistungen im Zusammenhang mit der Bewerbung und der Austragung der XXIII. Olympischen und der XII. Paralympischen Winterspiele 2018 (Olympiagesetz - OlympiaG)

(Drs. 16/5873)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses
(Drs. 16/6686)

Martin Bachhuber (CSU)..... 5297

Florian Ritter (SPD)..... 5299 5305 5306

Florian Streibl (FW)..... 5300 5301

Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 5302 5306

Julika Sandt (FDP)..... 5303

Staatsminister Siegfried Schneider..... 5307

Beschluss..... 5308

Namentliche Schlussabstimmung..... 5309

Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung (s. a. Anlage 2) 5310

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FW)

zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung (Drs. 16/5130)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
(Drs. 16/6692)

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW)..... 5309 5313

Berthold Rüth (CSU)..... 5310

Karin Pranghofer (SPD)..... 5311

Simone Tolle (GRÜNE)..... 5311

Renate Will (FDP)..... 5312 5313

Beschluss siehe Plenarprotokoll 16/63 vom 15. Dezember 2010..... 5313

Schluss der Sitzung..... 5314

einen Webblog anbietet und nicht genau weiß, was ein Dritter möglicherweise einstellt, reicht es, wenn er sich einer Einrichtung der freiwilligen Selbstkontrolle unterwirft. Auch in Zukunft soll jeder Mensch wie bisher frei über das Internet kommunizieren, informieren und Kommentare abgeben können. Gleichzeitig wollen wir den Jugendschutz sichern. Das ist uns ein Anliegen. Deshalb bitte ich Sie, den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag zu unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Staatsminister Siegfried Schneider das Wort.

Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich danke zunächst einmal ganz herzlich für die Aussprache und die Diskussion über dieses sicher schwierige Thema. Auf die Fragen gibt es keine einfachen Antworten. Es gibt auch keinen Weg, von dem wir sagen können, dass wir alle Themen abgearbeitet haben, wenn wir ihn gehen. Das Internet ist ein Medium, das mit großen Änderungen verbunden ist. Frau Sandt hat darauf hingewiesen, dass in drei Jahren eine Evaluierung stattfindet. Die Evaluation muss frühzeitig erfolgen, weil wir gar nicht wissen, welche technischen Änderungen und Möglichkeiten sich entwickeln werden. Ganz eindeutig kann die Lösung aber nicht darin bestehen, dass wir gar nichts tun und abwarten, was passiert. Ich habe noch keinen Vorschlag dazu gehört, wie man es besser machen könnte. Dagegen zu sein, ist zwar eine Haltung. Sie bringt uns aber nicht weiter, wenn es uns in erster Linie darum gehen muss, Kinder und Jugendliche zu schützen. Im Netz sind Gefahren vorhanden. Deshalb müssen wir den Jugendschutz auf mehreren Säulen aufbauen. Eine Säule ist die Selbstkontrolle der Anbieter, die damit ein Stück gesellschaftlicher Verantwortung übernehmen. In einem ganz großen Umfang ist die zweite Säule der Bereich der Medienkompetenz. Auf den Medienführerschein wurde schon hingewiesen. Das ist ein Weg. Wir müssen auch die Eltern dafür gewinnen, dass sie sich dieser Verantwortung stellen.

Dritte Säule: Diejenigen Anbieter, die sich nicht an ihre Verpflichtungen halten, müssen mit einer Ahndung rechnen. Letztlich geht es uns allen darum, dass wir die Möglichkeiten des Netzes offen halten und diese Möglichkeiten der jungen Generation zur Verfügung stellen. Lieber Kollege Sinner, das Gespräch mit den Jugendverbänden werden wir in der nächsten Zeit führen. Es ist wichtig, im Dialog zu bleiben. Es geht nicht um Strafaktionen, sondern darum, die Freiheit des Netzes zu beschränken und damit die Anliegen der Kinder und Jugendlichen zu berücksichtigen.

Deshalb danke ich ganz herzlich denen, die dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag zustimmen werden. Ich hoffe, dass wir damit zum Wohle unserer Kinder und Jugendlichen ein Stück vorankommen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit ist die Aussprache geschlossen. Lassen Sie mich darauf hinweisen, dass auf die staatsrechtlich parlamentarische Problematik des Instruments des Staatsvertrags hinreichend eingegangen worden ist.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Staatsvertrag auf Drucksache 16/5283 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur auf Drucksache 16/6693 zugrunde. Gemäß § 58 der Geschäftsordnung kann die Abstimmung nur über den gesamten Staatsvertrag erfolgen. Der federführende Ausschuss empfiehlt Zustimmung. Wer dem Staatsvertrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der Freien Wähler und der SPD. Gegenstimmen? - Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Ich sehe keine. Dem Staatsvertrag ist damit zugestimmt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung über Gewährleistungen im Zusammenhang mit der Bewerbung und der Austragung der XXIII. Olympischen und der XII. Paralympischen Winterspiele 2018 (Olympiagesetz - OlympiaG) (Drs. 16/5873) - Zweite Lesung -

Ich möchte darauf hinweisen, dass für die Schlussabstimmung von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vereinbart. Als Erster hat der Kollege Martin Bachhuber das Wort.

Martin Bachhuber (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Selten wurde hier in der jüngeren Vergangenheit über einen Gesetzentwurf diskutiert, der bereits im Vorfeld in diesem Haus eine so große fraktionsübergreifende Zustimmung erfahren hat wie eben dieses Olympiagesetz. Das Olympiagesetz wird deshalb auch in der Zweiten Lesung von diesem Hohen Haus mit großer Mehrheit verabschiedet werden. Daran werden auch Störfeuer aus diesem Haus oder von außen nichts ändern.

Ich betone es in aller Deutlichkeit: Wenn heute eine Anwaltskanzlei meint, diesem Hohen Haus ein Ultimatum stellen zu müssen, dann sage ich ganz klipp und klar: Der Bayerische Landtag lässt sich nicht erpressen!

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich war in den vergangenen Wochen zusammen mit Herrn Staatsminister Siegfried Schneider sehr intensiv in die Gespräche über die Grundstücke in Garmisch-Partenkirchen eingebunden. Ich kann Ihnen heute deshalb guten Gewissens sagen, dass im Augenblick mit 59 Grundstückseigentümern im Hinblick auf die Olympiabewerbung noch keine definitive Einigung erzielt wurde. Das mag auch die Zahl der Mandate des Rechtsanwalts sein.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Da wird es Zeit!)

Darunter gibt es gerade noch einmal eine Hand voll Grundstücksbesitzern, mit denen Verhandlungen angestrebt werden, lieber Thomas Mütze.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Zwölf insgesamt!)

Sollte sich mit ihnen keine Einigung erzielen lassen, wird es Alternativen geben, welche die Bewerbung in keiner Weise gefährden. Alle Forderungen, die just vor einem Jahr in Garmisch-Partenkirchen öffentlich aufgestellt wurden, wurden vom Organisationskomitee unter starker Mithilfe von Staatsminister Siegfried Schneider erfüllt. Die Hausaufgaben wurden gemacht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Olympiabewerbung für 2018 wird nicht an diesem Widerstand scheitern. Wir lassen uns nicht von wenigen eine demokratisch bereits legitimierte Bewerbung aushebeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die vergangenen Wochen, in denen in diesem Haus die parlamentarischen Diskussionen über das Olympiagesetz geführt wurden, haben gezeigt, dass es wider Erwarten doch möglich ist, dass sich ein Vertreter der CSU über die Existenz von SPD und Freien Wählern im Bayerischen Landtag freuen kann. Ganz im Ernst, die nach der Ersten Lesung des Olympiagesetzes in insgesamt sechs Ausschüssen durchgeführten Abstimmungen haben ein Ergebnis gebracht, das bisher kaum möglich war.

(Tobias Thalhammer (FDP): Haben Sie sich auch über die FDP gefreut?)

In allen Ausschüssen haben CSU, FDP, SPD und Freie Wähler diesem Gesetzentwurf die Zustimmung erteilt. Dagegen waren immer nur die GRÜNEN.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Einer muss den Kopf hinhalten!)

Im Umweltausschuss gab es aber eine Zustimmung von den GRÜNEN. Diese große Übereinstimmung quer durch vier von fünf Fraktionen beweist - lassen Sie sich das sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN -, dass das Olympiagesetz durchdacht, wohl abgewogen und ausgereift ist. Es ist ein Sicherheitsgarant für die olympische Vorbereitung und die Durchführung und Nachbetrachtung der Festspiele 2018.

(Zuruf von der SPD: Festspiele?)

Das Olympiagesetz ist zugleich die Basis, dass in Bayern ein großartiges Ereignis Realität werden kann.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE) - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Lieber Thomas Mütze, ich bitte um Aufmerksamkeit.

Meine sehr verehrte Damen und Herren, das Olympiagesetz ist kein Spaßgesetz, das wir heute nur zum Zweck verabschieden, damit die Jugend über die Kandahar-Abfahrt rasen kann oder damit Funktionäre aus exotischen Ländern das erste Mal in ihrem Leben Schnee sehen. Das Olympiagesetz ist weit mehr als ein Gesetz. Es regelt die Durchführung der Olympischen Winterspiele 2018 und der sich daran anschließenden Paralympischen Winterspiele. Ich meine, dieses Gesetz ist auch ein "Konjunkturpaket 3" für den gesamten Freistaat Bayern. Die Olympischen Winterspiele 2018 werden positive Impulse für die Bauwirtschaft, das Handwerk, den Handel und das Dienstleistungsgewerbe geben, die weit über die Austragungsorte hinausreichen werden. Alleine für Garmisch-Partenkirchen ist ein Wertschöpfungspotenzial von weit über 500 Millionen Euro zu erwarten. Daraus erschließen sich ungeahnte Chancen für die heimische Wirtschaft, die diese Region gut brauchen kann. Hinzu kommen Maßnahmen im Rahmen des Sportstättenbaus sowie die temporären Maßnahmen, die vom Olympischen Komitee ausgeschrieben werden und deren Volumen weitere 100 Millionen Euro betragen wird. Nicht zuletzt wird der Tourismus, dessen Wirtschaftskraft in Bayern oft verkannt wird, einen Impuls erfahren, wie er sonst nicht in dieser kurzen Zeit realisiert werden könnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass der Freistaat Bayern sich mit einem Olympiagesetz ebenso wie der Bund und die Stadt München zur Übernah-

me von einem Drittel eines theoretischen Defizits verpflichtet, erscheint angesichts dessen durchaus angemessen. Wir werden mit Nachdruck darauf hinwirken, dass es nicht, wie bei vergangenen Olympischen Winterspielen, zu einem Defizit kommen wird.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, in diesem Zusammenhang möchte ich auf eines verweisen: Wie Sie alle wissen, werden die Ausgaben des Bundes, des Landes, der Kommunen und der privaten Investoren für Sportstätten und Verkehrsinfrastruktur auf ein Volumen zwischen 1,35 bis 1,84 Milliarden Euro geschätzt. Im Bereich Verkehrsinfrastruktur sind das ausnahmslos Maßnahmen, auf die die Regionen Garmisch-Partenkirchen, Berchtesgadener Land und München schon seit Jahrzehnten warten. Das ist gewiss viel Geld. In dieser Summe sind aber auch 500 Millionen Euro enthalten, die der Bund für die Verkehrsinfrastruktur in Garmisch-Partenkirchen bezahlt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden mit diesen Olympischen Spielen die Voraussetzungen schaffen, dass sich Bayern in bester Weise präsentieren kann. Die Präsentationen in Mexiko und in China waren die beste Werbung für unser Oberbayern und für den ganzen Freistaat Bayern. Dass wir mit dieser Bewerbung die besten Voraussetzungen schaffen wollen, damit die Olympischen Spiele für alle Teilnehmer, aber auch insbesondere für Bayern große Nachhaltigkeit erzielen, dafür steht das Olympiagesetz.

Werte Kolleginnen und Kollegen, beim Blick auf die Rednerliste ist mir als Redner Kollege Hartmann aufgefallen. Er wird uns sicherlich erzählen, wie schrecklich die Winterspiele doch seien, weil das gesamte Geld in den Süden fließe und der Norden Bayerns wie ein Hund draußen vor der Metzgerei bleiben müsse. Mit dieser reflexartigen Argumentation, werter Kollege Hartmann, werden Sie selbst in Coburg und in Hof aus einem einfachen Grund nicht landen können. Fakt ist, dass die Metropolregion München bereits jetzt 30 % des bayerischen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet und bereits jetzt 40 % der bayerischen Steuereinnahmen in der Metropolregion München anfallen. Wenn wegen der Olympischen Winterspiele weitere Steuereinnahmen fließen werden, wird ganz Bayern wie bei den Olympischen Spielen 1972 davon profitieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der Verabschiedung des Olympiagesetzes ebnet der Bayerische Landtag nicht nur den Weg für die Durchführung der Winterspiele 2018, sondern wir machen zugleich auch deutlich, dass wir gewillt sind, die Bewerbung zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Die Olympiabewerbung 2018 ist eine einmalige Chance für

ganz Bayern. Das Olympiagesetz ebnet den Weg, damit wir diese Chance ergreifen können. Mit diesem Gesetz schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass das bedeutendste Sportereignis der Welt nach Bayern geholt werden kann und dass die Paralympics bei uns stattfinden können. Eine größere Wertschätzung der Menschen mit Behinderungen gibt es nicht. Und mit diesem Gesetz schaffen wir Sicherheit für die beteiligten Kommunen, aber auch für die beteiligten Bürgerinnen und Bürger und die Grundstücksbesitzer in den betroffenen Regionen. Kurzum, es gibt keinen triftigen Grund, sich gegen die Olympiabewerbung und gegen das Olympiagesetz zu stemmen. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Gesetz.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächster Redner hat Kollege Florian Ritter das Wort. Bitte schön.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen heute über das Grundlagengesetz für die Olympischen und die Paralympischen Winterspiele 2018 in Bayern ab. Damit befinden wir uns nicht am Ende eines Weges, sondern damit beginnt für uns erst der Weg. Ich möchte nicht nur die Freude aufgreifen, die im Raum ist, sondern ich möchte auch auf die Verantwortung hinweisen, die wir uns mit diesem Gesetz auf die Schultern laden. Sicherlich wäre es ein Anlass zur Freude, wenn es uns gelänge, die Olympischen Winterspiele nach Bayern zu holen. Wir wissen aber auch, dass wir alle Investitionen, die wir in einer bayerischen Region vornehmen, gegenüber allen anderen Regionen rechtfertigen müssen. Wir wissen auch, dass all unser Handeln Einfluss auf unsere natürliche Umgebung hat. Dieses Wissen müssen wir uns bei der Behandlung des Gesetzentwurfes klarmachen. Es muss bei dem, was in den kommenden Jahren auf uns zukommt, Grundlage der Diskussion sein.

Das Konzept der Bewerbergesellschaft ist meines Erachtens insbesondere im Hinblick auf die ökologischen Fragestellungen zukunftsweisend: der Rückgriff auf die vorhandene Infrastruktur, der Rückbau von Anlagen, der meines Erachtens sehr sinnvolle Ersatz einer bestehenden Bebauung in München, die energetisch höchst problematisch ist, der technologisch und ökologisch zukunftsweisende Bau des Olympischen Dorfes, das danach dem Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt werden kann, und nicht zuletzt die Umweltprojekte, die Bestandteil des Projekts und nicht nur Rahmenprogramm sind. Wir wollen, dass das vorgelegte Konzept nicht nur hübsch aussieht, sondern wir wollen es mit einem hohen Anspruch an die Qualität der Winterspiele umsetzen.

Wir wissen, dass im Tourismus und bei Outdoor-Sportarten Eingriffe in die Natur und sehr problematische Entwicklungen stattfinden. Wir haben die Gelegenheit, endlich ein wirklich zukunftsweisendes Projekt umzusetzen, mit dem in Bayern positive Gegenbeispiele zu den Konzepten der anderen Bewerberstädte gesetzt werden. Das bayerische Konzept ist weltweit zukunftsweisend und innovativ.

Wir könnten natürlich die Entwicklung im Tourismusbereich auch so laufen lassen, wie sie läuft. Damit würden wir uns allerdings keinen Gefallen tun. Wir brauchen einen umweltpolitischen Quantensprung im Tourismus, und da können wir mit den Olympischen Winterspielen ein Zeichen setzen.

(Beifall bei der SPD)

Das umzusetzen wird in den nächsten Jahren eine Aufgabe sein, der wir alle mit hoher Verantwortung nachkommen müssen. Wir müssen und werden auch sicherstellen, dass Investitionen für Olympia nicht auf Kosten anderer Infrastrukturprojekte in Bayern stattfinden.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Wie sicherstellen?)

Da gibt es zum einen die Verhandlungen über einen Sondertopf, die mit dem Bund geführt werden. Was aber für den Bund gilt, Kolleginnen und Kollegen, muss selbstverständlich auch für Bayern gelten.

(Beifall bei der SPD)

Es wird unsere Aufgabe in diesem Haus sein, das haushaltspolitisch entsprechend umzusetzen. Die Olympischen und die Paralympischen Spiele können, sollen und werden eine Chance für ganz Bayern sein. Wir wollen uns von unserer besten Seite als moderner und ökologisch handelnder Standort für Sport, Wirtschaft und Tourismus darstellen. Und dazu machen wir heute einen ersten Schritt. Die eigentliche Arbeit, Kolleginnen und Kollegen, kommt dann, wenn der Zuschlag nach Bayern geht. Dann haben wir wieder eine Möglichkeit, uns zu freuen. Aber dann kommt auch der Zeitpunkt, wo wir die Ärmel hochkrempeln und für die Umsetzung dieses meines Erachtens wirklich zukunftsweisenden Konzeptes sorgen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat das Wort Herr Kollege Florian Streibl. Bitte schön, Herr Streibl.

Florian Streibl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Abgeordneter, der im Landkreis Garmisch-Partenkirchen

wohnt, fühle ich mich natürlich auch herausgefordert, hier zu reden und auf die Chancen von Olympischen Winterspielen hinzuweisen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wie ist es in Oberammergau?)

In Oberammergau, mein lieber Kollege von den GRÜNEN, hat Ihre Fraktion Veranstaltungen durchgeführt, in denen Sie sich zu Totengräbern der Region aufgespielt haben. Das ist wahrlich kein Ruhmesblatt für Ihre Partei.

(Beifall bei den Freien Wählern, der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Es sollte schon so sein, dass man hier versucht, die Diskussion sachlich zu führen, ohne irrationale Ängste zu schüren und Argumente zu bringen, die die Leute verunsichern und verwirren. Man kann eigentlich in der Olympiabewerbung nur Positives sehen, wenn man sie richtig anpackt. Eine Fundamentalverweigerung, wie sie von manchen hier geübt wird, ist kein verantwortlicher Umgang. Ein Neinsagen ist nicht verantwortlich, sondern das ist letztlich dumm.

Man sollte einfach sehen, was in dieser Region los ist und wie man diese Region stützen und fördern kann. Man muss sehen, dass man hier in einer Gesamtverantwortung steht. Sich einfach auszuklinken, ist nicht angebracht.

Im Grunde wollte ich eher zu einer gewissen Besonnenheit aufrufen.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Da wird es Zeit!)

Wir leben in einer weltweiten Gesamtkultur. Sportliche Veranstaltungen führen letztlich zu einem psychischen Gleichgewicht beim Einzelnen, aber auch in einer Gesellschaft, auch in einer Weltgesellschaft. Die geschwisterlichen Beziehungen zwischen Menschen und Lebensverhältnissen sowie zwischen Nationen und Mentalitäten werden dadurch gefördert und gestützt. Wir sollten erkennen, dass wir in der einen Welt leben. Wir müssen unsere Verantwortung wahrnehmen und schauen, wie eine Weltsolidarität gefördert wird, nämlich gerade durch solche Veranstaltungen, die weltweit Geltung und Achtung genießen. Insofern würde ich sogar von einem Gemeingut Olympische Spiele sprechen, das zu fördern und zu unterstützen ist.

Die Olympischen Spiele werden auf jeden Fall durchgeführt werden. Wir sollten als Bayern schon auch den Hut in den Ring werfen und sagen, dass wir davon überzeugt sind, die besten und nachhaltigsten

Spiele auszurichten. Unsere Bewerbung liegt im Grunde sehr, sehr gut. Darum sollten wir uns das ganze Konzept nicht schlechtreden lassen. An diesem Konzept wurde intensiv gearbeitet. Die ganzen Bedenken, die es gab, sind mit aufgenommen worden. Es gab viele Diskussionen. Viele Menschen haben sich bemüht und haben um diese Bewerbung gerungen. Viele Emotionen wurden hineingesetzt und auf der Strecke gelassen.

Wenn man überhaupt nicht will, dann sollte man das ehrlich sagen, aber nicht Argumente an den Haaren herbeiziehen. Dann sollte man sagen: Wir wollen die Olympischen Spiele nicht und auch sonst nirgends auf diesem Planeten. Das wäre ehrlich. Aber zu sagen, nein, wir wollen das hier nicht, weil uns das Hemd näher ist als der Rock, das ist ein bisschen zu kurz gesprungen. Wir sollten verantwortlich mit der Sache umgehen.

Wenn ich meine Region anschau, so stellte ich fest: In den letzten Jahrzehnten wurde im Süden von München bis zum Alpenrand sehr wenig investiert. Die letzte große Infrastrukturmaßnahme war im Zuge der Olympischen Spiele 1972 die Autobahn, die nach Garmisch-Partenkirchen führt. Wir brauchen einen Investitionsschub, nicht nur materiell, sondern auch durch Aufmerksamkeit auf internationalem Parkett, damit wir wieder wahrgenommen werden, auch als Tourismusregion. Hierfür sind diese Spiele Gold wert. Sie sind die beste Wirtschaftsförderung, die wir überhaupt haben können.

Aus den letzten Gesprächen, die ich mit der Autobahndirektion geführt habe, wurde deutlich, dass die gesamten Infrastrukturmaßnahmen, die mit den vier Tunnelprojekten in Garmisch-Partenkirchen geplant sind, unter dem Stern der Olympischen Winterspiele stehen. Klar ist es, dass diese Tunnel irgendwann kommen würden. Aber selbst die Umfahrung von Oberau, für die jetzt die Ausschreibung läuft, wird nur dann zeitnah umgesetzt - so heißt es in der Ausschreibung -, wenn der Zuschlag für Olympia kommt. Das Gleiche ist mit dem Kramertunnel, mit dem man schon zu bauen anfängt. Auch der wird nur dann fortgesetzt, wenn Olympia kommt, weil nur dann die Finanzierung gesichert ist. Man kann nicht eine ganze Region wieder in den Urwald zurückschicken,

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

nur weil man sich einer Olympiade verweigert.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Da sind die Oberfranken besser dran! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich bitte Sie, Ihre Position zu überdenken. Sie reden gut, aber von einer schönen Naturkulisse kann man nicht herunterbeißen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Die Berge bei uns sind auch ein Lebens- und Wirtschaftsraum und keine romantische Kulisse mit Naherholungswert.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE) - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Mütze, beruhigen Sie sich wieder!

Florian Streibl (FW): Und eines sollte man auch sehen, nämlich die Nachhaltigkeit dieses Konzepts.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Die Leute fahren wegen der Kulisse, nicht wegen der Autobahn dort hin!)

Bei uns in Garmisch bestehen ungefähr 75 % der Sportstätten schon. Man kann auf vieles zurückgreifen, was schon da ist, auch in München. Darum ist das eine Leuchtturm-Olympiabewerbung, die es so noch nie gegeben hat. Dieses Pfund sollten wir nutzen und darstellen, nämlich dass wir auch mit ökologischen Technologien weltweit marktführend sein können, dass wir eine perfekte ökologische Olympiabewerbung einreichen und darstellen können. Darum ist eigentlich Mitmachen angesagt und nicht die Verweigerung. Die Chance, da ein gutes, nachhaltiges und durchdachtes Konzept vorzulegen und mitzuarbeiten, sollte man sich nicht entgehen lassen. Es geht letztlich um unsere Region und um die Menschen, die hier leben und hier ihre Zukunft sehen, indem sie sehen, dass etwas weitergeht, dass sie wieder Aufmerksamkeit bekommen und sich darstellen können.

Darum bitte ich Sie um Unterstützung. Die große Mehrheit dieses Hauses will ja dieses Gesetz, wie es in der Ersten Lesung in allen Ausschüssen deutlich geworden ist. Ich meine, man muss ein großes Ja zu Olympia sagen und darf sich nicht von Kleingeistern niederreden lassen. Es werden immer wieder verzweifelte Versuche gemacht, in der Öffentlichkeit die Olympiabewerbung schlechtzureden. Es ist schandbar, dass man auf jedes populistische Mittel zurückgreift, um das Ganze madig zu machen, weil man wohl weiß, dass das IOC auch auf die Stimmung im Lande schaut. Hier künstlich eine negative Stimmung erzeugen zu wollen, wird der Sache nicht gerecht. Wenn das der letzte Hoffungsanker der Fundamentalverweigerer ist, dann bitte schön. Ich glaube aber,

sie werden damit nicht durchdringen. Ich hoffe, dass wir nächstes Jahr über eine glückliche Bewerbung reden können.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Ludwig Hartmann das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Herr Kollege Bachhuber, Sie werden es kaum glauben, aber einen Satz kann ich bei Ihnen unterstreichen: Das Parlament lässt sich nicht erpressen. Da bin ich vollkommen auf Ihrer Seite. Das heißt für mich aber auch, dass wir immer nach bestem Wissen und Gewissen abwägen, und das heißt für mich auch, dass wir nicht ein Gesetz machen dürfen, bei dem wir dem IOC, einer intransparenten Vereinigung, einen Blankoscheck ausstellen und Artikel 39 Absatz 1 der Bayerischen Haushaltsordnung außer Kraft setzen, wonach wir keine unbegrenzten Bürgschaften geben dürfen. Auch das gehört dazu. In der Begründung, derzufolge Sie das machen müssen, steht wörtlich, dass sonst die Chancen geschmälert würden, den Zuschlag zu bekommen. In dieser Hinsicht kann man auch sagen, dass Sie sich erpressen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sprechen von einzelnen Störfeuern, die aus Garmisch kämen. Ich weiß nicht, wie lange Sie sich mit der Bewerbung befasst haben. Es handelt sich um eine Bewerbung, die alle zwei Monate auf die Schnauze fällt. Das hat bei den Geschäftsführern angefangen, dann kam das Problem der Finanzierung der Bewerbung. Hinzu kam im Frühjahr die Grundstücksproblematik, die immer noch ungelöst ist. Man muss das einfach einmal zur Kenntnis nehmen. Man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass man mit der Aussage angetreten ist, genau das zu vermeiden. Es hieß, die Deutschen seien Weltmeister im Planen, Organisieren und Durchführen. Man hat immer auf die Fußball-WM 2006 verwiesen. Aber man hat nach dem derzeitigen Stand nicht viel erreicht. Man fällt ständig auf die Schnauze, sieht sich vor neuen Hindernissen und kommt nicht weiter. Das ist Fakt.

Hinzu kommt - das ist heute schon deutlich -: Von Herrn Bachhuber ist kritisiert worden, wir liefen durch das Land und kritisierten, alles Geld werde in den Süden geleitet und dem Norden bliebe nichts mehr übrig. Dass diese Angst nicht ganz unbegründet ist, zeigt der Redebeitrag der SPD. Man muss ehrlich sagen: Die Angst ist nicht unbegründet.

(Florian Ritter (SPD): Das hat damit nichts zu tun!)

Doch, damit hat es zu tun; Herr Ritter: Bei der Forderung nach Sondertöpfen auf Bundesebene und der Frage, was Bayern bekommt, wissen Sie genau so gut wie ich, dass die anderen Bundesländer nicht Hurra schreien, wenn Sie Bayern mehr Geld geben sollen. Das wird nicht passieren. Wir haben das bei anderen großen Projekten festgestellt. Warum soll es bei Olympia so kommen?

Des Weiteren muss man sich die Transparenz ansehen: Immer wieder höre ich - auch vonseiten der SPD wurde eine Pressemitteilung herausgegeben -, man fordere Offenheit. Man muss dabei ehrlich sagen: Sie fordern das zu Recht. Sie haben ja wahrscheinlich noch nicht einmal das Umweltkonzept richtig gelesen. Sie führen aus, es koste 40 Millionen. Wenn man sich die Unterlagen ansieht, dann sieht man auf Seite 166, dass es bis zu 139 Millionen Euro kostet. Sie hätten die richtige Zahl verwendet, wenn Sie die Unterlagen gehabt und entsprechend angesehen hätten.

Ein weiterer Bereich, der deutlich angesprochen werden muss, ist die Transparenz bei den Kosten. Es wird immer so hingestellt, als ob über die Sicherheitskosten in dem Ausschuss bereits intensiv diskutiert worden sei. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass die Staatsregierung bzw. die Bewerbungsgesellschaft bei den Sicherheitskosten schon jetzt eine kreative Buchführung anwendet; man muss das ganz offen sagen. Ihnen allen ist ja bekannt, dass ein Non-OCOG-Budget und ein OCOG-Budget gibt. Das OCOG-Budget betrifft die reine Durchführung der Spiele. Wir sind uns sicher alle einig: Die Sicherheit während der Spiele ist für die Durchführung der Spiele notwendig. Ich denke, jeder in diesem Hohen Haus ist d'accord, dass das so ist. Wo werden die Sicherheitskosten gebucht? Einmal mit 31,8 Millionen Euro im OCOG-Budget, wo sie hineingehören. Weitere Kosten bis zu einer Summe von circa 50 Millionen Euro werden im Non-OCOG-Budget gebucht. Hierher gehören keine Sicherheitskosten. Die Kosten für die Polizistinnen und Polizisten aus anderen Bundesländern werden über den laufenden Haushalt gebucht. Das steht im Olympia-Gesetz.

Das heißt: Schon jetzt, bevor die Spiele überhaupt stattfinden, wird über drei verschiedene Posten gebucht. Man müsste ganz ehrlich sagen: Die entstehenden Kosten für die Durchführung - das sind die Sicherheitskosten - gehören in das OCOG-Budget und dürfen nirgendwo anders gebucht werden.

Vorhin wurde - ich glaube, von Herrn Kollegen Ritter - die Frage angesprochen, wo man in Bezug auf den Tourismus hin möchte. Wenn man jetzt weiter auf den Wintersport setzt, macht man genauso weiter wie in den letzten Jahren. Man muss das ganz offen sagen.

Die Chancen der Region Garmisch-Partenkirchen für den sanften und nachhaltigen Tourismus im Zuge eines Klimawandels werden sicher nicht im Wintersport liegen. Mit Sicherheit wird das nicht funktionieren. Wintersport und Liftanlagen rentierten sich nur bei 100 Tagen Schneesicherheit. Das wird dort nicht klappen. Mit diesem Ereignis wird Garmisch-Partenkirchen aber als Wintersportort beworben. Ich möchte das einmal sehen, wenn die Bauarbeiten dort stattfinden und an den Hängen gearbeitet wird. Es wird dort Eingriffe geben; das ist unumstritten. Was sagt eigentlich der Sommertourist, der vorher kommt, dazu? Geht er dort hin, wo der Lärm ist? Das wird er nicht tun. Wer sagt, dass er nach zwei oder drei Jahren wieder kommen wird? Das wird so nicht eintreten. Die Anlagen müssen ein Jahr vor Beginn der Spiele fertig sein - und damit nicht erst 2018. Das heißt, die Baustellen existieren bereits zwei Jahre davor. Man muss sich überlegen, ob man das in dieser Region haben möchte. Das Tal ist für dieses große Event einfach zu klein.

Obwohl es im Olympia-Gesetz enthalten ist, wird über Folgendes kaum diskutiert: Wir greifen massiv in die Planungshoheit der Kommunen ein. Wir schreiben vor, dass im näheren Umkreis der Austragungsorte keine Sportevents stattfinden dürfen, und zwar eine Woche vor und während der Spiele und auch eine Woche danach. Muten wir uns als Landesparlament zu, das den benachbarten Kommunen vorzuschreiben? Das liegt eigentlich in deren Hoheit. Man kann das eigentlich so nicht machen.

Deutlich angesprochen werden muss auch das Thema der Kosten und der Einnahmen. Ich bin damit beim Hauptkritikpunkt von unserer Seite. Die Kosten werden überall optimal gerechnet, während die Ausgaben heruntergerechnet werden. Das ist Fakt und es ist erstaunlich, dass der Präsident des DOSB in den Medien verkünden lässt, dass der Zuschuss aus den Fernsehrechten größer sein könnte als bisher geschätzt und geplant. Er nennt dabei eine Zahl von 440 Millionen Dollar. Genau diese Zahl steht jedoch bereits in den Unterlagen. Genau diese Zahl - das hat das IOC bekanntgegeben - ist die höchste Förderung, die man hinsichtlich des Zuschusses aus den Fernsehrechten bekommen kann. Er läuft aber durch das Land und erzählt, es werde ohnehin mehr, man habe nur konservativ gerechnet. Man hat bereits bisher mit den Höchsteinnahmen gerechnet. Das ist ganz klar.

Erstaunt hat mich - heute wurde nicht so intensiv darüber diskutiert wie in den Ausschüssen -, dass behauptet worden sei, die GRÜNEN seien die einzigen, die ein Störfeuer gegen die Olympia-Bewerbung richteten. Wenn man sich den Ablauf der Kreistagssitzungen im Landkreis Garmisch-Partenkirchen ansieht,

dann sieht man: Sechs CSUler stimmten gegen die Bewerbung, genauso fünf SPDler, zwei GRÜNE - das versteht sich wohl von selbst -, zwei ÖDPLer und ein FDPler. Das heißt, die direkt vor Ort Betroffenen setzen sich anders mit dem Thema auseinander. Sie setzen sich massiv anders damit auseinander.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Das ist in Gorleben genauso!)

Dieses Anliegen sollten wir in diesem Haus diskutieren. Die GRÜNEN haben einen Bundesparteitagsbeschluss, wonach sich die Bundespartei dagegen ausspricht. Die GRÜNEN haben sich auf der Stadtversammlung mit einer Zweidrittelmehrheit gegen die Bewerbung ausgesprochen. Es ist richtig, dass die Rathaus-Fraktion dabei ist, aber alle entscheidenden Gremien der GRÜNEN haben sich dagegen ausgesprochen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ist die Stadtratsfraktion kein entscheidendes Gremium?)

- Ich meine Parteigremien.

Zum Schluss möchte ich anmerken: Es wird immer wieder gesagt, in diesem Land sei die Zustimmung gewaltig. Die Leute sind begeistert, es brennt ihnen in den Augen und sie sind begeistert. Als man gestartet ist, hat man von Zustimmungsraten von 80 bis 85 % bundesweit gesprochen. Nach einem aktuellen ARD-Trend liegt man bei 60 %. Das heißt, die Menschen, die gar nicht so intensiv von der Problematik vor Ort betroffen sind und nur erst das Positive sehen, äußern sich kritisch, weil sie Angst bezüglich der explodierenden Kosten haben, die uns Olympia mit Sicherheit bringen wird. Für uns ist ganz klar: Es kann nicht sein, dass wir ein Gesetz verabschieden, nachdem wir unbegrenzt haften, falls es zu einem Defizit kommt. Ein Drittel von unbegrenzt ist auch unbegrenzt. Das kann nicht sein, und aus diesem Grunde lehnen wir den Gesetzentwurf zum Olympia-Gesetz selbstverständlich ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Als nächste Rednerin darf ich für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Sandt das Wort geben.

Julika Sandt (FDP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Money makes the world go round, heißt es so schön. Auch im Sport gilt: Ohne Moos nichts los. Die Olympischen Spiele kosten Geld, sind aber eben kein Fass ohne Boden, wie es uns manch grüner Schwarzmalter gerne suggeriert.

Ganz konkret beinhaltet der Gesetzentwurf, dass der Freistaat maximal 160 Millionen Euro für Baumaßnahmen an Sportstätten ausgibt, dass maximal 40 Millionen Euro in Umweltprojekte fließen und dass die Paralympischen Spiele maximal 15 Millionen Euro kosten.

Von den Infrastrukturmaßnahmen, die gefördert werden, profitieren doch auch Sie als GRÜNER, wenn die Strecke zwischen Uffing und Murnau zweigleisig ausgebaut wird. Herr Hartmann, wenn Sie wieder einmal nach Garmisch fahren, um dort schlechte Stimmung zu machen, können Sie wenigstens mit der Bahn fahren, was Sie als GRÜNER hoffentlich tun.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Des Weiteren werden auch andere Infrastrukturprojekte ausgebaut, zum Beispiel die Ortsumgehungen Garmisch und Partenkirchen mit dem Kramer- und dem Wank-Tunnel. All das sind doch Vorteile für die Bürger, die hier in Bayern leben und die auch gerne einmal von Nordbayern aus in die Berge zum Skilaufen fahren.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Von diesen geplanten Maßnahmen profitieren wir alle. Die größte Unbekannte - das muss ich einräumen; das sagen wir offen und ehrlich - ist der mögliche Fehlbetrag des Organisationskomitees. Ein solcher Fehlbetrag kann zustande kommen. Das können wir nicht ausschließen. Aber er würde auf drei Schultern verteilt, und dies sind nun einmal die Spielregeln des IOC. Ich begrüße aber, dass der Kollege Barfuß angeregt hat, dass dem Haushaltsausschuss des Landtags vierteljährlich über die Kostenentwicklung berichtet wird.

(Markus Rinderspacher (SPD): Weil die SPD dies beantragt hat!)

Wir müssen die Kosten kontrollieren - das ist gar keine Frage -, auch wenn die Gutachter davon ausgehen, dass sich Einnahmen und Ausgaben die Waage halten werden. Wir müssen verantwortungsvoll damit umgehen.

Dennoch hat sich dieses Hohe Haus Gott sei Dank mehrheitlich für die Olympischen Spiele 2018 in Bayern ausgesprochen. Bis auf die GRÜNEN sehen alle Fraktionen mehr Chancen als Risiken.

Wir wollen junge Menschen nach Bayern holen, wir wollen junge Sportlerinnen und Sportler hier haben, wir wollen uns als ein dynamisches, weltoffenes und tolerantes Land präsentieren. Das ist doch eine einmalige Chance für unsere Heimat.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin froh, dass es eine derart breite Zustimmung gibt. Das internationale Renommee, das wir durch die Spiele bekommen können, ist unbezahlbar.

Ich möchte nur an die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 erinnern. Die Bundesregierung geht davon aus, dass allein 57,3 Millionen Euro Steuereinnahmen generiert werden konnten, dass 50.000 zusätzliche Stellen geschaffen wurden, vor allem im Tourismus und in der Gastronomie. Viele Menschen haben dadurch eine Chance bekommen. Viel wertvoller als diese direkten Einnahmen ist die Tatsache, dass gemeinsam feiernde Menschen aus allen Nationen unser Bild in der Welt verändert haben: vom Spießier in Europa zur weltoffenen Nation. Dass wir professionell organisieren können, war bekannt. Dies haben wir auch erneut bewiesen. Aber seither gelten wir doch auch weltweit als sympathisch und fair. Dieses Bild, das die Welt von uns hat, hat auch einen langfristigen Effekt auf Produkte und Dienstleistungen "made in Germany", auf den Investitionsstandort Deutschland, auf den Tourismusstandort Deutschland. Dieser Wert ist in Zahlen überhaupt nicht messbar.

Wir gehen davon aus, dass Milliarden von Menschen die Sportereignisse vor dem Fernseher betrachten werden. Diese Chance, unsere Heimat darzustellen, ist einmalig. Bayern darf gegenüber anderen Wintersportregionen auf keinen Fall ins Hintertreffen geraten. Wir müssen die Chance nutzen, um uns wieder an die Spitze des Wintertourismus zu setzen. Die Eishockeyhalle in München und die Sprungschanze in Garmisch-Partenkirchen sind doch Glanzlichter des Sports in Deutschland.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Es sind eben nicht nur die Berge, sondern es sind auch viele Sportstätten. Aber wir haben tolle Berge, und warum sollten wir diese Berge nicht auch zeigen?

Nun zu den GRÜNEN und zu dem heute bekannt gewordenen Ultimatum der Garmischer Grundstücksbesitzer. Die tiefe Verunsicherung der betroffenen Grundstücksbesitzer ist doch nur das Ergebnis einer polemischen Desinformationspolitik der GRÜNEN, meine Damen und Herren.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sehr gut! - Beifall des Abgeordneten Florian Ritter (SPD))

Sie spielen auf unverantwortliche Weise mit den Ängsten der Menschen in der Region. Ihre Stadtratsfraktion und Ihre Spitzenpolitiker sind dafür, die Landtags-GRÜNEN und der grüne Parteitag sind gegen die Olympiade. Ohne klaren Kompass kann man sich

doch nicht als ernsthafte politische Kraft etablieren. Sie sind doch nur noch eine Dagegen-Partei und nichts anderes mehr.

(Christine Stahl (GRÜNE): Wir haben einen Kompass und ganz klare Mehrheiten!)

Ihre Unkenrufe sind nichts als faule Kröten.

(Beifall bei der FDP)

Mit dem Gesetz, das wir heute verabschieden, garantieren wir nämlich den Eigentümern ihre Entschädigung, wir garantieren den Rückbau und die Rekultivierung ihrer Grundstücke. Auch das muss heute, da wir dem Gesetz hoffentlich zustimmen, gesagt sein.

Auch hinsichtlich des Umweltkonzepts kann ich es mir nicht verkneifen, an der Fähigkeit der GRÜNEN, was Einsicht und Weitsicht betrifft, stark zu zweifeln. Die neu versiegelte Fläche beträgt einen halben Hektar. Das ist weniger als ein Fußballfeld. Ohne Untertreibung ist das bayerische Umweltkonzept mit seinen achtzehn Umweltprojekten sehr ambitioniert. 40 Millionen Euro sollte uns die Umwelt auch wert sein. Soweit mir bekannt ist, gibt es nur eine Welt, in der wir leben. Wer umweltfreundliche Spiele möchte, der sollte sich dafür einsetzen, dass sie hier bei uns in Bayern stattfinden.

(Beifall bei der FDP, der CSU, der SPD und den Freien Wählern)

Die Olympischen Spiele 2018 liefern wertvolle und vor allen Dingen langfristige Anschübe für die Infrastruktur und auch für den Sport. Eine gute Infrastruktur und gute Sportwetten, gute Sportstätten

(Markus Rinderspacher (SPD): Das war der FDP-Versprecher!)

verbessern doch auch die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in Bayern. Wenn Olympia 2018 in Bayern stattfindet, dann setzt das Impulse für den Spitzensport, aber auch für die Sportbegeisterung der Menschen, für die Sportbegeisterung der Gesellschaft. Ich denke nur daran, wie uns gerade die Paralympischen Spiele motiviert haben. Ich wünsche mir, dass dieser Funken der Motivation auf uns alle überspringt und dass wir diesem Gesetz zustimmen.

(Beifall bei der FDP und den Freien Wählern)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Frau Kollegin. Für die SPD-Fraktion hat sich noch einmal Florian Ritter zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

Florian Ritter (SPD): Herr Kollege Hartmann, es gibt ja den Spruch von dem Optimisten und dem halb vollen Wasserglas und dem Pessimisten und dem halb leeren Wasserglas. Aber das ist nicht das Problem, das wir beide miteinander haben. Wenn man so argumentiert wie Sie, dann könnte man sofort jeglichen Stoffwechsel einstellen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Sie sagen: "Alles ist ja so kompliziert, mit dem Tourismus braucht man wegen der Klimaerwärmung gar nicht erst anzufangen", und so weiter und so fort. Das ist keine billige Dagegen-Partei-Polemik, wie sie zurzeit verwendet wird. In vielen anderen Projekten, bei denen die GRÜNEN auch eine Gegenposition bezogen haben, so beispielsweise bei der Diskussion um Stuttgart 21, gibt es ja Gegenkonzepte, Ideen, wie man es anders machen könnte, wenn man denn wollte. Zu fragen ist daher: Welches sind denn Ihre Ideen für einen zukunftsfähigen Tourismus in Bayern?

(Beifall bei der SPD)

Welches sind denn Ihre Gegenkonzepte, wie man so etwas machen kann, damit man auf den Klimawandel, so wie Sie ihn beschreiben, auch eingehen kann?

Wie gesagt: Nur zu sagen: Das wollen wir nicht, reicht tatsächlich nicht. Ich würde mich wirklich freuen, wenn von Ihrer Seite mehr dazu käme.

(Abgeordneter Ludwig Hartmann (GRÜNE) meldet sich zu einer Zwischenbemerkung)

- Sie können das gern hinterher als Zwischenbemerkung sagen. Damit haben Sie die Möglichkeit, das loszuwerden.

Aber Sie haben hier gesagt: Wenn man nach bestem Wissen abwägt, dann darf man diese Olympischen Spiele nicht durchführen. Jetzt stelle ich fest - das wurde in der Diskussion schon klargestellt -: Dies sind nicht nur die Olympischen Spiele bzw. ist nicht nur die Bewerbung des Freistaats Bayern, sondern es ist auch die Bewerbung der Stadt München. Jetzt frage ich Sie, wer in der Stadt München die Mehrheit stellt. Das ist die Sozialdemokratische Partei. Wer noch? Können Sie mir weiterhelfen und sagen, wer mit dabei ist?

(Heiterkeit bei der SPD)

Das sind nämlich die GRÜNEN. Es ist schon erstaunlich, mit welcher destruktiven Lust einige Vertreter der GRÜNEN hier im Landtag

(Zurufe von den GRÜNEN)

- nicht alle, aber einige - die älteste und erfolgreichste deutsche Rathauskoalition ständig torpedieren.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und der FDP)

Als Abgeordneter, der im Bereich der Stadt München kandidiert hat, aber tatsächlich eine Politik macht wie jemand, der eben nicht in München ist, was ja völlig okay ist, würde ich mich schon darüber freuen, wenn Sie sich regelmäßiger mit Ihren Kolleginnen und Kollegen im Münchner Stadtrat zusammensetzten und auch einmal die gemeinsamen Linien besprechen. Die Olympia-Bewerbung wurde übrigens lange Zeit von der Stadtratsfraktion der GRÜNEN und auch von der Münchner GRÜNEN-Basis mehrheitlich mit unterstützt. Ich würde mich wirklich sehr freuen, wenn Sie sich darüber mit Ihren Kollegen öfter einmal verständigten, damit diese Koalition auch auf Dauer zukunftsfähig ist.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh, oh!)

Wir Sozialdemokraten halten solche Koalitionen mit den GRÜNEN im Prinzip für zukunftsfähig, aber dazu muss man sich natürlich auch als verlässlicher Partner erweisen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, bitte bleiben Sie einen Moment. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Hartmann von den GRÜNEN gemeldet.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Herr Kollege Ritter, ich möchte nur einmal ganz kurz an das Thema Transrapid und SPD erinnern oder auch an das Thema dritte Startbahn/SPD-Parteitag. Sie kennen die Problematik genauso wie wir. Da brauchen Sie jetzt keine so große Show abzuziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Bereich, den Sie angesprochen haben, war, dass die Stadtratsfraktion am Anfang eine Rückendeckung von der Basis gehabt haben. Die zwei Beschlüsse der Basis hatten immer den Wortlaut, man müsse alles ansehen, bis die Unterlagen vorliegen. Die endgültigen Unterlagen zur Finanzierung und das Eckdatenpapier lagen aber erst im September vor. Danach gab es in der Stadtversammlung eine Zweidrittelmehrheit an Gegenstimmen. Es ist doch durchaus legitim, ein Projekt kritisch zu begleiten, bis die Fakten auf dem Tisch liegen.

(Anhaltende Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Wenn dann die Fakten auf dem Tisch liegen und man sagt, nein, so geht das nicht weiter, dann ist das ganz legitim. Ich finde es schade, dass die SPD sich nun einmal entschieden hat, auf neuere Überlegungen nicht eingeht und notfalls den Zug gegen die Wand fahren lässt. Das ist nicht unsere Art von Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und nun speziell zu Olympia. Wir hatten schon von Anfang an Debatten über ein Konzept und Gespräche mit der DOSB. Da hat hier im Hohen Hause noch kaum jemand von Olympia gesprochen. Es hieß dann immer: Wir müssen den Zuschlag kriegen. Das war das größte Ziel.

Ich kann kein Novum schaffen, ich kann kein Vorzeigeöko-Bewerbskonzept schaffen, wenn ich nur das Ziel habe, den Zuschlag auf Teufel komm raus zu bekommen. Das funktioniert nicht. Ich kann mir Olympia durchaus vorstellen, das muss ich ehrlich sagen. Es könnte regelmäßig an drei, vier oder fünf bestimmten Orten stattfinden, in denen die entsprechenden Anlagen vorhanden sind, auf Höhen, in denen die Schneesicherheit garantiert ist. Es geht aber nicht, dass die Spitzensportanlagen zu Olympia kommen, sondern Olympia muss zu den Anlagen kommen. So muss es laufen.

Ein weiterer Bereich: Wenn man wirklich von einem Novum spricht, sollte eine selbstbewusste Stadt wie München den Mut haben, im Zuge der Inklusionsdebatte einmal darüber nachzudenken, warum die Paralympics immer hinten dran gehängt wird. Warum findet sie nicht im gleichen Zeitfenster statt? Wir sollten diese Debatte einmal ehrlich führen und uns damit auseinandersetzen. Ich finde es zu einfach, uns nur vorzuwerfen, wir seien dagegen. Wir sind gegen die vorhandene Bewerbung mit dem vorhandenen Konzept. Denn das ist absolut der falsche Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich bitte um ein bisschen mehr Ruhe im Saal, damit wir die Antwort von Herrn Kollegen Ritter verstehen können.

Florian Ritter (SPD): Herr Kollege Hartmann, natürlich gibt es in der SPD zum einen oder anderen inhaltlichen Punkt unterschiedliche Auffassungen. Der tatsächliche Unterschied aber ist Folgender: Wir schwingen uns nicht so schnell zum moralischen Richter über die Kollegen auf. Bei der dritten Startbahn gibt es tatsächlich in den unterschiedlichen Gremien unterschiedliche Positionen. Das ist richtig. Aber da macht schon ein bisschen der Ton die Musik. Ich würde den Teufel tun, meinen Kollegen abzuspren-

chen, dass sie nach bestem Wissen und Gewissen entschieden haben. Das ist tatsächlich ein Unterschied.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie nun sagen, Olympia müsse zu den Anlagen kommen und nicht die Anlagen zu Olympia, dann stelle ich mir schon die Frage, ob Sie das Konzept nicht gelesen haben.

(Beifall bei der SPD)

Eigentlich bin ich davon ausgegangen, dass Sie es gelesen haben. Denn ein Großteil der bestehenden Anlagen findet ja Aufnahme in das Konzept. Und das wissen Sie selbstverständlich auch.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die entsprechende Frage stelle ich jetzt ganz ernsthaft und ohne Schmä, denn wir wollen als Sozialdemokraten ökologische und nachhaltige Spiele haben: Wie kommen diejenigen, die sich jetzt in den Schmollwinkel zurückziehen, wieder aus diesem Schmollwinkel heraus, wenn denn der Zuschlag kommt?

Ich sage Ihnen ganz ehrlich; das ist meine persönliche Meinung: Natürlich will ich das Know-how der Umweltverbände, die sich im Augenblick noch dagegen aussprechen, gewinnen, wenn wir den Zuschlag haben; denn das bringt uns mit Sicherheit bei der ökologischen Umsetzung dieser Spiele weiter.

Also überlegen Sie sich einmal, wie Sie aus dem Schmollwinkel herauskommen wollen und eventuell dazu beitragen könnten, dass einige der Verbände, die sich ebenfalls bisher in diesen Schmollwinkel zurückgezogen haben, auch wieder herauskommen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank. Zum Abschluss der Debatte darf ich nun Herrn Staatsminister Siegfried Schneider das Wort geben.

Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst sage ich ein herzliches Wort des Dankes an die vier Fraktionen für die konstruktive Begleitung des Projektes und auch die dazu geführte Debatte und im Übrigen auch ein Dankeschön an die GRÜNEN, weil sie wieder einmal deutlich gemacht haben, dass es immer ein Hätte, ein Sollte, ein Könnte oder ein Müsste gibt. Wenn man aber dann entscheiden muss, dann gibt es nur ein Nein oder man ist dagegen, ohne dass eine Alternative vorgelegt wird.

Das ist zu wenig, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deshalb danke ich ganz herzlich all denen, die sich im Vorfeld intensiv in die Debatte zum Olympiagesetz eingebracht haben. Es ist nicht so, dass da irgendetwas plötzlich entstanden wäre, sondern es handelt sich um einen langen Prozess, der in den Parlamenten über viele Monate intensiv auf unterschiedlichster Ebene - angefangen von der kommunalen Ebene bis hin zur Bundesebene - geführt wurde. Und es ist auch ein Ausweis dieser Bewerbung, dass ein großer Konsens mit breiten Mehrheiten das alles hier demokratisch legitimiert.

Mit dem Olympiagesetz gehen wir einen neuen Weg, vielleicht auch einen anderen Weg, indem wir sagen, wir wollen gemeinsam mit dem Parlament die Themen ansprechen, vor allem die finanziellen Themen, aber auch die möglichen Risiken.

Es ist alles andere als ein Freibrief für die Staatsregierung, sondern es ist vielmehr das Angebot, das Thema miteinander in gewissen Abständen, wie es eingefordert wird, immer wieder zu behandeln. Denn niemand hat ein Interesse, dass die Kosten davonlaufen, weder die Stadt München noch der Freistaat Bayern noch der Bund oder die betroffenen Kommunen. Wir wollen vielmehr die Argumente auf der Grundlage eines Konzepts, auch des Finanzkonzeptes, das nicht wir erstellt haben, sondern das wir von Externen haben erstellen lassen, nämlich von einem Unternehmen und einer wissenschaftlichen Stelle, gegeneinander abwägen.

Letztlich ist es unser Ziel, dass es sich nicht um einen einmaligen Prozess handelt, sondern dass es eine Begleitung durch die nächsten Jahre geben wird, sofern die Bewerbung erfolgreich sein wird. So können wir diese große Herausforderung, aber auch Chance für München, für Garmisch-Partenkirchen, für ganz Bayern und für Deutschland verwirklichen.

(Beifall des Abgeordneten Martin Bachhuber (CSU) - Zurufe von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Inhalte des Olympiagesetzes wurden vielfältig angesprochen. Ich möchte nur ein paar Punkte herausgreifen. Herr Kollege Hartmann versucht immer wieder, Störfeuer einzubringen. Ich nenne als Beispiel das Sicherheitskonzept. Da wurde zunächst immer das Beispiel Kanada zitiert. Jetzt hat man registriert, dass in Kanada das Militär auch den Pazifik absichern musste. Sicherheitsmaßnahmen sind in dem Umfang in München und Garmisch-Partenkirchen nicht notwendig. Damit stimmen auch unsere Kostenvoranschläge für die Sicherheit.

Heute haben Sie nun als neues Argument gebracht, dass die Kosten für das Umweltkonzept nicht stimmig seien. Ich sage es noch einmal: Der Freistaat gibt 40 Millionen. Es gibt aber auch andere, die etwas tun müssen, der DOSB, der Bund, München oder Garmisch-Partenkirchen. Also wird die Summe höher sein. Das ist kein Widerspruch, sondern es handelt sich um eine Addition. Und der Freistaat gibt 40 Millionen dazu. Ich bitte Sie also, das nicht nur so halb darzustellen und Zweifel zu streuen und damit das Ganze madig zu machen.

Wir haben eine tolle Chance in Bayern, nach den Olympischen Sommerspielen auch Olympische Winterspiele zu bekommen. Natürlich wissen wir, dass es in Garmisch-Partenkirchen nicht nur Wintertourismus gibt, sondern es gibt dort neben dem Wintertourismus auch einen Sommertourismus. Gleichwohl wird Garmisch-Partenkirchen auch in Zukunft ein Wintersportort sein.

Ich bin überzeugt, dass es möglicherweise den einen oder anderen GRÜNEN-Wähler aus Bayern gibt, der auch in Garmisch-Partenkirchen Ski fährt, statt ein paar Hundert Kilometer weiter zu fahren, die Umwelt zu belasten und woanders Ski zu fahren. Auch das sollte einmal gesagt werden. Ich weiß nicht, wer von Ihnen Ski fährt. Es gibt aber welche, die den Wintertourismus in Bayern schätzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte eines noch einmal deutlich machen. Das große Plus unserer Bewerbung ist, dass die Sportstätten in einem ganz großen Umfang bereits vorhanden sind. Notwendig ist eine marginale Ergänzung an Sportstätten. Wenn das nicht als nachhaltig akzeptiert wird, weiß ich nicht, was Sie unter Nachhaltigkeit verstehen.

Für das ökologische Konzept haben wir letztlich die beste Punktzahl beim Mini Bid Book erhalten. Das ökologische Konzept ist von einem GRÜNEN, der auch Stadtrat ist, erarbeitet worden. Er hat es zusammen mit Umweltverbänden und Verantwortlichen aus den verschiedenen Bereichen verantwortlich gestaltet, damit ein geschlossenes ökologisches Konzept verwirklicht werden kann. Das gilt sowohl für die Wohnbebauung in der Landeshauptstadt als auch für die Almbewirtschaftung im Bereich Garmisch-Partenkirchen oder im Berchtesgadener Land. Das ist ein geschlossenes ökologisches Konzept, das sich Staat und Kommunen einiges kosten lassen. Das ist unser Pfund. Mit ihm werden wir wuchern, und das werden wir in unserer Bewerbung nach wie vor einbringen. Wenn es den GRÜNEN wirklich um die Umwelt geht, wenn es ihnen wirklich darum geht, dass sich die Umwelt positiv weiterentwickelt, müssten Sie dieser Bewerbung eigentlich zustimmen, weil jede andere Be-

werbung ein aus meiner Sicht weniger ausgeprägtes ökologisches Konzept hat.

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein paar Worte zu den Grundstücken in Garmisch sagen, weil das Thema heute auch in den Medien hochgekocht ist. Uns geht es darum, weiter in Verhandlungen auf Augenhöhe zu sein. Es ist kein Geheimnis, dass noch einige wenige Grundstücke fehlen. Dass die Verhandlungen nicht einfach sind, wissen wir auch seit Wochen. Zumindest habe ich den Eindruck, dass der Anwalt nicht nur an einer Lösung interessiert ist - ich formuliere das einmal so. Das wird uns nicht davon abhalten, in weitere Gespräche zu treten, um dafür zu werben, diese Grundstücke zu bekommen. Gemäß der geltenden Planung sind fünf bis sechs Grundstücke betroffen. Der Anwalt vertritt zwar 59 Landwirte oder Grundstückeigentümer, aber nach der geltenden Planung fehlen uns fünf oder sechs Grundstücke. Um diese werden wir auch in Zukunft werben. Sollte es wider Erwarten nicht möglich sein, diese Grundstücke zu nutzen, gibt es Alternativplanungen. Wir werden die Bewerbung abgeben. Sie ist nicht gefährdet. Ich sage aber genauso deutlich: Wir werden die Themen mit dem IOC in großer Offenheit besprechen. Da wird nichts unter den Tisch gekehrt. Das hat gar keinen Sinn, da sowieso alles öffentlich ist. Es wird sauber dargestellt, was bereits gesichert ist und welche Alternativplanungen es gibt.

Ich bitte Sie, diesem Olympiagesetz zuzustimmen, weil wir damit auch den Grundstückseigentümern die Sicherheit geben, die notwendige Entschädigung zu erhalten, und weil damit letztlich auch gewährleistet ist, dass sie ihre Grundstücke nach den Spielen wieder in dem Zustand zurückerhalten, der vor den Spielen geherrscht hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns sollte das gemeinsame Ziel vereinen: Wir wollen Olympische Spiele 2018 in Bayern. Lasst uns überall dort, wo es möglich ist, dafür werben. Herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit.

(Beifall bei der CSU, der FDP und Abgeordneten der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/5873 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/6686 zugrunde. Der federführende Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz stimmt eben-

falls zu. Ergänzend schlägt er vor, in Artikel 5 als Datum des Inkrafttretens den "01. Januar 2011" einzufügen. Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Ergänzung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Danke schön. Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der CSU, der FDP, der Freien Wähler, der SPD sowie von Frau Pauli und Frau Schopper von den GRÜNEN gegen die Stimmen der GRÜNEN angenommen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, kommen wir nun zur Schlussabstimmung, die wir gemäß § 56 durchführen. Namentliche Abstimmung ist beantragt worden. Ich eröffne die Abstimmung. Die Urnen stehen bereit. Wir haben für die Stimmabgabe fünf Minuten Zeit. Geschäftsführend füge ich hinzu, dass wir in fünf Minuten den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufen können.

(Namentliche Abstimmung von 17.35 bis 17.40 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Wir werden das Ergebnis außerhalb des Raumes ermitteln und Ihnen sobald wie möglich bekannt geben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FW) zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung (Drs. 16/5130) - Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion vereinbart. Ich füge hinzu: Wir müssen sie nicht ganz ausschöpfen, denn dann können wir die Abstimmung noch durchführen. Zur Einbringung bitte ich Herrn Dr. Fahn für die Freien Wähler zum Mikrofon. Bitte schön.

(Unruhe)

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Ich habe jetzt einen relativ schlechten Part: Alle wollen zur Weihnachtsfeier, und da kommt noch dieser Gesetzentwurf.

(Zuruf von der SPD: Namentliche Abstimmung!)

- Nein, keine namentliche Abstimmung. Eigentlich waren 15 Minuten vorgesehen; wir sind dann auf fünf Minuten heruntergegangen. Das bitte ich auch zu beachten.

(Hans Joachim Werner (SPD): Die sind gleich um! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

- Genau.

Das geltende Gesetz zur Erwachsenenbildung stammt aus dem Jahr 1974. Es hat sich grundsätzlich bewährt. Aber wenn ein Gesetz 36 Jahre alt ist, muss es aktualisiert werden. Warum ist es erfolgreich? - Es erreicht jedes Jahr sechs Millionen Menschen in Bayern. Die Volkshochschulen sind der zweitgrößte Hauptschulanbieter; in Bayern sind sie 217mal vertreten. Wir begrüßen auch ausdrücklich die Unabhängigkeit und Staatsferne.

Trotzdem besteht ein Handlungsbedarf. Die Aufgaben weiten sich ständig aus - das wird uns immer wieder gesagt. Die Mittel sind aber zu knapp bemessen. Bisher beläuft sich der Anteil nur auf 2 ‰ des Gesamthaushalts des Kultusministeriums. Die Arbeitsgemeinschaft Erwachsenenbildung hat immer wieder betont, dass ihr Finanzierungsbedarf eigentlich 25 Millionen Euro beträgt, im Moment stehen ihr aber nur 19 Millionen Euro zur Verfügung. Das entspricht lediglich der Inflationsrate seit dem Jahr 1990. Der Freistaat trägt nur 5 % zu dieser Finanzierung bei, die Kommunen dagegen 20 %. Beim Landeszuschuss pro Einwohner liegt Bayern nur an fünfzehnter und damit vorletzter Stelle. Deshalb sollte der Etat zumindest auf 20 Millionen Euro aufgestockt werden.

In einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung vom Oktober 2010 liegt Deutschland beim Index Lebenslanges Lernen nur an zehnter Stelle in Europa, knapp vor Slowenien und Spanien. An der Spitze liegen Dänemark, Schweden und die Niederlande. Deswegen meinen wir, dass ein Steigerungsbedarf gegeben ist.

In der Bildungspolitik gibt es neue Herausforderungen im Sinne eines lebenslangen Lernens. Ich spreche von der Gesundheits- und der Umweltbildung, von der stärkeren Betonung der Integration durch Alphabetisierungskurse sowie von generationsübergreifendem Lernen vom Kindergarten bis zu den Senioren. 20 % unserer Schulabgänger können allenfalls auf Grundschulniveau lesen und rechnen. Bei den Deutsch-Kursen für Ausländer gibt es lange Wartezeiten; in der Regel betragen sie neun Monate.

Enttäuscht hat uns, dass die Vertreterin der FDP in der letzten Woche im Hochschulausschuss gesagt hat, dass das Thema Erwachsenenbildung bei der FDP eine untergeordnete oder keine Rolle spiele. Ich denke, hier spielt Unwissenheit eine Rolle.

Wir brauchen Weiterbildungsmaßnahmen. Diese gibt es aber nicht zum Nulltarif. Deshalb ist das Grundkon-